



**Aktivist**

»Die USA müssen zum Frieden gezwungen werden«: Ein Gespräch mit Noam Chomsky anlässlich seines 90. Geburtstages. Über die Lage der Arbeiterklasse, die Konflikte des Nahen Ostens und den Kampf gegen den Kapitalismus

SEITE 3

GEGRÜNDET 1947 · FREITAG, 7. DEZEMBER 2018, NR. 285 · 1,70 EURO (DE), 1,90 EURO (AT), 2,40 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

**Kampfeslustig**

Angestellte zweiter Klasse: Streik bei Tochterfirma des Carl-Thiem-Krankenhauses in Cottbus

**5**

**Trittbrettfahrend**

Frankreich: Zwar profitieren auch Faschisten vom Protest. Doch sind sie nicht die Organisatoren

**6**

**Zweischneidig**

Misstände nur legalisiert: EU beschließt neue Regelungen für Lkw-Fahrer aus Osteuropa

**9**

**Wegbereitend**

Begründer der neueren Kunstgeschichte: Winkelmann-Museum in Stendal eröffnet

**12**

# Jemen braucht Frieden

Gespräche zwischen Kriegsparteien in Schweden. Gefangenenaustausch vereinbart. Rheinmetall umgeht Waffenembargo. **Von André Scheer**

Auf eine »Botschaft des Friedens« für den Jemen hoffte UN-Sondervermittler Martin Griffiths am Donnerstag in Stockholm zum Auftakt der Gespräche zwischen den verfeindeten Kriegsparteien. Und offenbar konnten sich die Unterhändler tatsächlich bereits auf einen Austausch Tausender Gefangener einigen. »Wir begrüßen diese Vereinbarung zwischen den jemenitischen Parteien und sind bereit, die Transfers von Menschen, die von ihren Familien getrennt wurden, zu unterstützen«, erklärte der Regionaldirektor des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) für den Nahen und Mittleren Osten, Fabrizio Carboni, am Donnerstag per Pressemitteilung. »Das Abkommen ist ein erster positiver Schritt für den Jemen nach langer Zeit.« Notwendig sei jedoch eine politische Lösung des Konflikts: »Das jemenitische Volk kann nicht länger warten. Der Zeitpunkt zum Handeln war gestern.« Jeden Tag gingen Menschenleben aufgrund von Kämpfen, vermeidbaren Krankheiten, Lebensmittelknappheit oder extremer Armut verloren, warnte der IKRK-Sprecher.

Die Kämpfe im Jemen gingen derweil trotz der Verhandlungen ungemindert weiter. Die von der Ansarollah-Miliz kontrollierte Nachrichtenagentur SABA meldete am Donnerstag mehrere Angriffe der »von den USA unterstützten und von Saudi-Arabien geführten Aggressionskoalition«. So hätten Kriegsschiffe der Allianz die Provinz Hodeida beschossen und drei Frauen getötet. Zudem habe es zwei Luftangriffe auf die Provinz Saada gegeben, durch die zivile Wohnviertel beschädigt wurden.

Offiziell geht es Riad und seinen Verbündeten darum, den ins saudische



Im Jemen sind Hunderttausende Menschen vom Hungertod bedroht. Am meisten leiden die Kinder

Exil geflüchteten jemenitischen Staatschef Abed Rabbo Mansur Hadi wieder ins Amt zu bringen. Dieser war 2012 als einziger Kandidat mit 99,8 Prozent der Stimmen zum Präsidenten des Landes gewählt worden. Wie *Euronews* damals berichtete, sollte er nur zwei Jahre lang amtieren, um nach monatelangen Protesten die Lage zu stabilisieren. Anschließend waren Neuwahlen mit mehreren Kandidaten vereinbart worden. Doch Hadi blieb im Amt. Im Januar 2015 stürmten die Rebellen der Ansarollah-Miliz, die in westlichen Medien meist als »Huthi« bezeichnet werden, die Hauptstadt Sanaa und zwangen Hadi zum Rücktritt. Dieser zog seine De-

mission wenig später zurück und setzte sich ins Nachbarland ab.

Die saudische Militäralianz hat mit unzähligen Bombenangriffen auch auf zivile Ziele die Infrastruktur des Jemen weitgehend zerstört. Nach UN-Angaben wurden seit Beginn der Invasion im März 2015 mehr als 10.000 Zivilisten getötet. Bei dem Morden kommen nach wie vor auch deutsche Waffen zum Einsatz. Erst am vergangenen Dienstag berichteten die *ARD* und das Magazin *Stern*, dass der deutsche Konzern Rheinmetall den von der Bundesregierung nach dem Mord an dem saudischen Regimekritiker Dschamal Chaschukdschi gegen

Riad verhängten Stopp von Rüstungsexporten über Tochterfirmen in Italien und Südafrika missachte. Für die Bundesregierung ist das kein Grund für Gesetzesverschärfungen. Das Kabinett schickt lieber Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) mit Krokodilstränen in die Spur. Dieser warnte am Donnerstag vor einer humanitären Katastrophe im Jemen, falls die Gespräche in Schweden scheitern sollten. Ein Waffenstillstand und ungehinderte humanitäre Hilfe seien notwendig, »sonst werden dort viele, viele Menschen sterben, und das müssen wir unter allen Umständen verhindern«.

**Ausbau von »Frontex« stockt**



Brüssel. Die EU-Innenminister haben bei ihrem Treffen am Donnerstag in Brüssel die Pläne zur Aufstockung der sogenannten Grenzbehörde »Frontex« eingeschränkt. Der österreichische Innenminister Herbert Kickl von der FPÖ erklärte, eine Erhöhung der an den EU-Außengrenzen eingesetzten Beamten von derzeit 1.500 auf 10.000 in zwei Jahren sprengt »die Dimension des Machbaren«. Er suche nun einen Kompromiss, um diese Zahl schrittweise über einen längeren Zeitraum zu erreichen. Geeinigt haben sich die Innenminister auf eine stärkere Rolle von »Frontex« bei Abschiebungen. Diese sollen zudem zukünftig schneller möglich sein. Außerdem soll die Behörde Beamte in Drittstaaten entsenden, die nicht unmittelbare EU-Nachbarn sind – etwa in afrikanische Länder. Das EU-Parlament muss den Beschlüssen noch zustimmen. (AFP/JW)

**Neues Panzerbataillon für Bundeswehr**

Munster. Die Streitkräfte der Bundesrepublik werden um ein sechstes Panzerbataillon verstärkt. Die aus vier Kompanien mit insgesamt etwa 500 Soldaten bestehende neue Einheit werde im baden-württembergischen Hardheim stationiert. Dies teilte Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) am Donnerstag auf dem Truppenübungsplatz Munster in Niedersachsen mit. »Es ist nötig, weil wir stärker wieder die Landes- und Bündnisverteidigung als gleichberechtigtes Standbein aufstellen – neben dem Krisen- und Konfliktmanagement in den Einsatzgebieten.« Von der Leyen sagte, die Bundeswehr werde in den nächsten Jahren mehrere hundert neue oder modernisierte Kampf- und Schützenpanzer bekommen. In Hardheim ist damit auch die zunächst geplante Schließung der Carl-Schurz-Kaserne vom Tisch. Die Bundeswehr wird dort etwa 20 Millionen Euro investieren. (dpa/JW)

# USA ziehen alle Register

Washington verlangt Auslieferung von Finanzchefin des chinesischen Technologiekonzerns Huawei

Mit der Verhaftung der Finanzchefin des chinesischen Technologiekonzerns Huawei in Kanada ist zwischen Washington und Beijing ein neuer Konflikt entbrannt. Die USA drängen auf die Auslieferung der Managerin Meng Wanzhou, wie ein Sprecher des kanadischen Justizministeriums am Mittwoch (Ortszeit) bestätigte. Für Freitag sei jedoch zunächst eine Kautionsanhörung angesetzt worden.

Die chinesische Regierung reagierte am Donnerstag mit scharfem Protest gegenüber den USA und Kanada auf

die Festnahme. Beijing hatte sich erst am vergangenen Wochenende mit der US-Regierung auf weitere Verhandlungen im Handelsstreit verständigt. Man habe Washington und Ottawa dazu aufgefordert, »die festgenommene Person umgehend zu entlassen«, sagte der chinesische Außenamtssprecher Geng Shuang am Donnerstag in Beijing.

Laut eines Berichtes der kanadischen Zeitung *The Globe and Mail* vom Mittwoch, die zuerst über die bereits am vergangenen Sonnabend erfolgte Verhaftung berichtet hatte, sucht die US-Justiz die Huawei-Managerin wegen Sank-

tionsverstößen. Einem Insider zufolge werde Meng beschuldigt, das US-Handelsembargo gegen Iran verletzt zu haben. Details zu den Vorwürfen seien aber nicht bekannt, schrieb die Zeitung.

Meng ist auch stellvertretende Vorstandsvorsitzende des Elektronikonzerns – und Tochter des Huawei-Gründers Ren Zhengfei. Die chinesische Botschaft in Kanada verlangte sowohl von Kanada als auch von den USA, ihr »Fehlverhalten sofort zu korrigieren und die persönliche Freiheit von Frau Meng Wanzhou wiederherzustellen«. Man werde »alle Maßnahmen

ergreifen, um die legitimen Rechte und Interessen der chinesischen Bürgerin entschlossen zu schützen«. Wegen des Vorwurfs von Sanktionsverstößen hatte Washington zuvor schon den chinesischen Netzwerk-Ausrüster ZTE bestraft, der dadurch schwere Geschäftseinbußen hinnehmen musste. Die Sanktionen gegen den chinesischen Konzern wurden im Juli aufgehoben, nachdem US-Präsident Donald Trump persönlich interveniert und das Unternehmen eine Milliardenstrafe gezahlt hatte. (dpa/JW)

■ Siehe Kommentar Seite 8

**jW** wird herausgegeben von 2.144 Genossinnen und Genossen (Stand 26.11.2018)  
 www.jungewelt.de/lpg

